

Krankenkassen

Begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten

Bundesgesundheitsministerin Fischer plant eine Änderung des Risikostrukturausgleichs. Bisher vollzog sich der Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen vor allem nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und Invalidität. In Zukunft sollen auch die unterschiedlichen Krankheitsprofile der einzelnen Kassen berücksichtigt werden.

Die Diskussion über den Risikostrukturausgleich war ausgelöst worden durch die seit Beginn der Kassenwahlfreiheit 1996 immer dynamischere Wanderbewegung der Mitglieder weg von den „alten“ großen Kassen hin zu den „jungen“ noch kleinen Kassen. Einziges Kriterium für den Wechsel dürften die – trotz des bestehenden Risikostrukturausgleichs – erheblichen Beitragssatzunterschiede zwischen den Kassen sein. Leistungsunterschiede können diese Entscheidung kaum begründet haben, da die Gestaltungsmöglichkeiten der Kassen in diesem Bereich sehr begrenzt sind. Einziger „echter“ Wettbewerbsparameter ist damit die Höhe der Verwaltungskosten. Ob die niedrigen Beitragssätze der günstigen Kassen allein auf deren effizientere Verwaltung zurückzuführen sind, muß allerdings bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, daß eine „passive“ Risikoselektion der Mitglieder stattfindet: Gut verdienende und gesunde Versicherte wechseln eher die Kasse als chronisch Kranke und Niedrigverdiener.

Im bestehenden System lohnt es sich für die Kassen vor allem, um die für sie günstigsten Mitglieder zu konkurrieren. Die Qualität des Gesundheitssystems wird durch diese Art Wettbewerb jedoch in keiner Weise verbessert. Eine weitere Verfeinerung des Risikostrukturausgleichs mag dazu beitragen, die Finanzmittel zwischen den Kassen punktgenauer zu verteilen. Diese Maßnahme lenkt aber davon ab, daß die Kassen mehr Gestaltungsmöglichkeiten benötigen, wenn der Wettbewerb die Effizienz im Gesundheitswesen steigern soll.

Rundfunkgebühren

Bröckelnde Legitimation

Ab 2001 soll die Rundfunkgebühr um 3,33 DM auf 31,58 DM pro Monat steigen. Während die meisten Länderparlamente diese Erhöhung bereits geräuschlos billigten, gilt die Entscheidung im sächsischen Landtag noch als völlig offen. Entsprechend besorgt blicken die Vertreter des öffentlich-rechtlichen Systems derzeit nach Dresden – eine Ablehnung würde

nicht nur einige Rundfunkanstalten in Finanznöte bringen, sondern könnte vor allem die Erosion der ohnehin brüchigen Legitimation des dualen Rundfunksystems beschleunigen.

Wer bezahlt schon gerne immer mehr für etwas, was er gar nicht bestellt hat? Diese Frage bewegt offenbar nicht nur viele Abgeordnete in Sachsen, gestellt wird sie auch von einem wachsenden Publikum, dem das Angebot der privaten Sender zu genügen scheint. Und liberale Ökonomen sehen ebenso wie private Medienkonzerne angesichts des rasanten technischen Fortschritts im Rundfunkbereich ohnehin Deregulierungsbedarf. Schließlich komme auch die Presselandschaft ganz gut ohne gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Zeitungen und andere staatliche Eingriffe aus.

Aber selbst die Befürworter einer öffentlich-rechtlichen „Grundversorgung“ stellen das System zunehmend in Frage, seit der Quotenwettbewerb die Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Programmen einebnet. Politische Zweckentfremdung von Gebühren, die Selbstbedienungsmentalität in den Anstalten sowie überhöhte Preise für bestimmte Verwertungsrechte unterminieren die Legitimation des Systems zusätzlich – sie wären ohne üppige Gebühren schlicht nicht denkbar. Und wozu überhaupt noch Gebühren, die einst die Unabhängigkeit der Sender sichern sollten, wenn die Anstalten doch längst vor dem Machtanspruch der Politik kapituliert haben? Zufrieden mit dem gegenwärtigen Zustand können somit allenfalls seine Verursacher sein: die Parteien. So gesehen ist die Gefahr gering, daß die Gebührenanhebung scheitert.

**Handwerksordnung
Absurde Regulierung**

Der Bundeswirtschaftsminister hat auf Druck der Handwerkskammern nun doch auf die angekündigte Novellierung der Handwerksordnung verzichtet, der Meisterbrief bleibt somit Bedingung für die Führung eines Handwerksbetriebs. Allerdings sollen die Ausnahmen von dieser Regel in Zukunft lockerer gehandhabt werden. Damit ist die Regierung erheblich von den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag vor zwei Jahren abgerückt. Damals war man übereingekommen, daß der Meisterbrief keine Bedingung für die Existenzgründung sein sollte, er sollte auch berufsbegeleitend erworben werden können.

Die Handwerksverbände argumentieren für die Beibehaltung der jetzigen Handwerksordnung, daß der Meisterbrief die ruinöse Konkurrenz durch „Nichtkünstler“ verhindere, welche Produkte bzw. Dienstleistungen minderer Qualität zu niedrigeren Preisen

anbieten. Die Qualitätssicherung durch den Meisterbrief wird allerdings zunehmend zweifelhaft: In Anbetracht des rasanten technischen Fortschritts wird die Fort- und Weiterbildung im Beruf immer wichtiger, diese wird durch den Meisterbrief jedoch nicht nachgewiesen. Insofern erhöht der Meisterbrief nicht automatisch die Markttransparenz. Der beste Qualitätsausweis für Handwerker ist immer noch die Mund-zu-Mund-Propaganda. Der Meisterbrief sollte sich deshalb zu einem freiwilligen Qualitätskriterium wandeln; die Verbraucher könnten dann selbst entscheiden, ob sie die Leistungen eines Meisterbetriebs in Anspruch nehmen wollen oder nicht.

Vollends absurd wird die Regulierung des deutschen Handwerks vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes für Dienstleistungen. Das EU-Recht erlaubt Handwerkern aus dem Ausland schon jetzt, sich in Deutschland ohne Meisterprüfung niederzulassen. Die Bundesregierung nimmt eine Inländerdiskriminierung in Kauf, indem sie eine Liberalisierung der Berufsordnung in der Bundesrepublik blockiert. Sie konterkariert damit ihre selbstgesteckten Ziele, die Selbstständigkeit zu fördern und die Schwarzarbeit zu bekämpfen. ke

Transrapid

Eine weitere Versuchsstrecke?

Nach dem Scheitern der Transrapid-Strecke zwischen Hamburg und Berlin gibt Bundesverkehrsminister Klimmt nun – wie geplant – Machbarkeitsstudien über eine Alternativstrecke für den Transrapid in Auftrag. Eine Voruntersuchung aus fünf von den Ländern vorgeschlagenen Projekten ergab, daß die beiden Projekte Dortmund-Düsseldorf (Metrorapid) und die Münchener Flughafenbindung am aussichtsreichsten sind und daher einer genaueren Prüfung unterzogen werden.

Wenn man sich einmal ins Gedächtnis ruft, für welchen Zweck der Transrapid entwickelt wurde, dann kann bei diesen beiden Vorschlägen doch wohl nur von einer weiteren Versuchsstrecke ausgegangen werden, die allerdings im Gegensatz zum Emsland auch von Fahrgästen genutzt wird, von mehr nicht. Die wesentlichen Vorteile des Transrapid, hohe Geschwindigkeit, niedriger Energieverbrauch und kaum vorhandener Verschleiß, kommen erst auf längeren Strecken zum Tragen. Der Transrapid ist kein Nahverkehrsmittel. Eine rentable Bedienung ist auf einer so kurzen Strecke schwer vorstellbar, zumal auf beiden Strecken bereits eine entwickelte Verkehrsinfrastruktur vorhanden ist.

Andererseits läßt sich der Transrapid sowohl im Inland als auch im Ausland wahrscheinlich nur ver-

kaufen, wenn er auch im realistischen Dauerbetrieb im Personenverkehr vorgeführt werden kann. Dies soll jetzt offensichtlich geschehen. Den jeweiligen Ländern kann es nur recht sein. Der Bund zahlt und die Länder gewinnen an Prestige, denn die Magnet-schwebebahn Transrapid beinhaltet eine zukunftsweisende Technologie, die wahrscheinlich hohe externe Effekte in die Zukunft ausstrahlt. Es wäre wohl ehrlicher gewesen, dieses Projekt gleich als das zu bezeichnen, was es ist: eine Förderung für den Technologiestandort Deutschland. cw

US-Präsidentschaftswahlen

Ein Votum gegen radikale Änderungen

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA ist auch eine Woche nach dem Urnengang der amerikanischen Bürger immer noch unklar. Weder Al Gore noch George W. Bush konnte deutlich mehr als die Mindestzahl der erforderlichen Wahlmännerstimmen auf sich vereinigen. Konnten sich die amerikanischen Wähler nicht entscheiden – standen doch unter anderem recht unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte zur Abstimmung? Oder wollten sie nicht?

Gore machte die Haupterrungenschaft der Clinton-Regierung zu einem zentralen Wahlkampfthema: Er unterstrich seinen Willen, in den kommenden fünf Jahren die Politik der fiskalischen Konsolidierung fortzusetzen und einen großen Teil der projizierten Haushaltsüberschüsse für den Schuldenabbau zu verwenden. Dennoch mußte sich Gore auch den alten Vorwurf, Demokraten neigten zu lockerem Umgang mit staatlichen Mitteln, gefallen lassen: Etwa die Hälfte der erwarteten Überschüsse verplante er für Mehrausgaben insbesondere im Gesundheits- und im Bildungswesen. Bush – der zur Zeit als Gewinner der Wahl gilt – versprach der Nation radikale Steuersenkungen für alle Einkommensgruppen: so will er den Spitzensteuersatz von 39,6 auf 33% und den für mittlere Einkommen von 28 auf 25% senken. Sein Plan sieht vor, nahezu die gesamten erwarteten Haushaltsüberschüsse für diese Steuerreform zu verwenden.

Dieses attraktive republikanische Versprechen radikaler Steuersenkungen konnte aber offenbar ebenso wenig klar überzeugen wie die Gore-Pläne eines aktiveren Staates. Wie auch immer die erneute Stimmenauszählung in einigen Bundesstaaten ausgeht, eines haben die Wähler klar gemacht: Sie sind mit der derzeitigen ökonomischen Situation offenbar grundsätzlich so weit zufrieden, daß sie sich gegen eine radikale Änderung der erfolgreichen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Clinton-Jahre aussprechen. cb